

PROZESSE

Gribkowsky soll auspacken

In der Affäre um den Verkauf der Formel-1-Anteile könnte dem früheren Landesbanker Gerhard Gribkowsky eine Strafminderung bei seiner zu erwartenden Haftstrafe eingeräumt werden – sollte er jetzt, kurz vor Prozessende, doch noch ein Geständnis ablegen. Bisher hat er die Vorwürfe bestritten. Positiv würde sich für ihn wohl vor allem eine Aussage gegen Formel-1-Mogul Bernie Ecclestone auswirken, so Insider. Dazu aber soll es am Freitag, bei einem ersten Gespräch zwischen Ermittlern und Verteidiger, noch nicht gekommen sein. Nach Ansicht von Beobachtern sieht es das Gericht offenbar als erwiesen an, dass der Brit den damaligen Vorstand der Bayerischen Landesbank mit 44 Millionen Dollar bestochen hatte, damit dieser die seinerzeit von der Bank gehaltenen Anteile an der Rennserie Anfang 2006 an die heute Ecclestone nahestehende Investorengruppe CVC verkaufte. Für Staatsanwaltschaft und Gericht gilt Gribkowsky als Amtsträger, der keinerlei Gelder hätte annehmen dürfen. Ohne ein Geständnis drohen ihm nach Ansicht von Justizkreisen mindestens zehn Jahre Haft wegen Bestechlichkeit, Untreue und Steuerhinterziehung. Sollte Gribkowsky verurteilt werden, könnte es auch für Ecclestone eng werden. Die Staatsanwaltschaft würde den Briten dann vermutlich wegen Bestechung und Beihilfe zur Untreue verfolgen; Vorwürfe, die dieser stets bestritten hat. In München spekuliert man darauf, dass der 81-Jährige versuchen wird, ein langwieriges Verfahren zu vermeiden – und sich auf einen millionenschweren Deal zur Einstellung des Verfahrens einlassen wird.

ZAHL DER WOCHE

Über **9000**

Beschwerden sind bei der neugegründeten Schlichtungsstelle Energie seit November 2011 eingegangen. Damit beklagen sich jeden Monat mehr als tausend Kunden über ihre Strom- und Gasanbieter.



Börsenhändler in Frankfurt am Main

STEUERN

Koalition der Willigen

Nach der grundsätzlichen Einigung zwischen Regierung und Opposition auf eine Finanztransaktionsteuer lässt Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) seine Fachleute bereits konkrete Pläne für die Abgabe ausarbeiten. Danach soll die neue Steuer nur für Verkäufe von Aktien und solche Derivate darauf gelten, bei denen die Aktien tatsächlich auch physisch den Besitzer wechseln. Erfasst werden nicht nur Verkäufe an Börsen, sondern auch auf alternativen Handelsplattformen oder außerbörsliche Geschäfte. Weil es zwei bis drei Jahre dauert, bis ein neues elektronisches Erfassungssystem für den Handel installiert ist, können frühestens 2015 Einnahmen aus der geplanten Steuer fließen. Das Finanzministerium rechnet mit einem jährlichen Aufkommen von rund zwei Milliarden Euro in Deutschland. Der Steuersatz von 0,1 Prozent auf den Kaufpreis wird sowohl für den Käufer wie für den Verkäufer fällig. Die Steu-

er sei keine Umsatzsteuer, sondern eine „Restverkehrsteuer“, heißt es im Finanzministerium zur Begründung. Um die Altersvorsorge nicht zu beeinträchtigen, sollen Pensionsfonds verschont bleiben. Die Beamten verstehen ihren Vorschlag als ersten Schritt. Die Belastungen, die auf Investoren zukommen, seien mit denen in London zu vergleichen, wo schon eine Börsensteuer existiere. Es sei also nicht damit zu rechnen, dass Geschäfte verlagert würden. Nach den Plänen von Finanzminister Schäuble soll die neue Steuer in der gesamten EU eingeführt werden. Lässt sich das nicht erreichen, ist auf dem Wege der sogenannten verstärkten Zusammenarbeit in der EU ein gemeinsames Vorgehen von neun Mitgliedsländern geplant. Scheitert auch dieser Ansatz, will Schäuble eine „Koalition der Willigen“ schmieden, die die Finanztransaktionsteuer in nationale Gesetzgebung umsetzen soll.